



Newsletter

Tirol-Büro Brüssel

Themen in dieser Ausgabe

Thema der Woche

- [Beginn der österreichischen Ratspräsidentschaft](#) 2

Neues aus den Institutionen

Europäisches Parlament

- [Migration: MEPs für europäische Lösung, die humanitäre Hilfe nicht kriminalisiert](#) 3

Rat der Europäischen Union

- [Europäischer Rat am 28.-29. Juni zu Migration, Budget und Brexit](#) 4
- [Rat für Umwelt zur Kreislaufwirtschaft und Trinkwasserrichtlinie](#) 4
- [Rat gibt grünes Licht für Beitrittsverhandlungen mit Mazedonien und Albanien](#) 5

Europäische Kommission

- [Asylreform: Überblick über die Kommissionsvorschläge](#) 6
- [EU konnte Handelshemmnisse reduzieren](#) 6

Sonstiges

- [Brennerbasistunnel: EU-Rechnungshof kritisiert schleppenden Ausbau der Zulaufstrecken](#) 7

In eigener Sache

- [Alpeuregio Summer School erfolgreich gestartet](#) 8

Laufende Konsultationen 9

Tagesordnungen der Institutionen 10

Impressum und Abbildungsverzeichnis 10

Gemeinsame Vertretung der
Europaregion Tirol-Südtirol-
Trentino bei der EU

*Tirol-Büro Brüssel
Rue de Pascale 45-47
B-1040 Brüssel*

*Tel.: 0032 2 743 27 00
Fax: 0032 2 742 09 80
E-Mail: info@alpeuregio.eu*



Thema der Woche

Beginn der österreichischen Ratspräsidentschaft

Mit dem 1. Juli übernimmt Österreich bis zum Jahresende 2018 den Vorsitz im Rat der Europäischen Union.



Mit dem Vorsitz gehen verschiedene Aufgaben einher. Zentral sind dabei die Festlegung der Themen für die Sitzungen des Rates sowie der zahlreichen Vorbereitungsgremien und Arbeitsgruppen und das Führen des Vorsitzes in den Sitzungen der jeweiligen Räte (Wirtschaft, Umwelt, etc.). Weiters wird Österreich die sogenannten Trilogen zwischen Kommission, Rat und Parlament zur Finalisierung eines Gesetzesvorhabens leiten.

Neben der Festlegung der politischen Prioritäten hat das jeweilige Vorsitzland auch die Aufgabe, im Rat als Vermittler zwischen den verschiedenen Positionen der Mitgliedstaaten zu fungieren. Die konkreten Prioritäten der österreichischen Bundesregierung basieren auf dem gemeinsam mit den zwei vorherigen Präsidentschaften Estlands und Bulgariens erstellten [Arbeitsprogramm](#) und umfassen prioritär die Bereiche Migration & Außengrenzschutz, Digitalisierung und EU-Annäherung des Westbalkans. Verantwortung

des Vorsitzlandes ist auch die Austragung der informellen Treffen der jeweiligen MinisterInnen auf österreichischem Boden in den kommenden sechs Monaten.

Der Großteil dieser Tagungen wird in Wien im Austria Vienna Center ausgetragen, wobei einige auch an anderen Orten Österreichs stattfinden werden. Beispielsweise wird das informelle Treffen der Staats- und Regierungschefs am 20. September in Salzburg abgehalten werden. Innsbruck ist Austragungsort der informellen Sitzungen der Räte für Justiz und Inneres (12.-13. Juli) und für Handel (5. Oktober). Außerdem wird am 4.-6. Juli die Tagung „9. Woche innovativer Regionen in Europa“ (WIRE 2018) in Innsbruck stattfinden.

Auch kulturell wird der Vorsitz Österreichs einiges zu bieten haben. Als Auftakt nächste Woche werden am 2. Juli in Brüsseler Metrostationen und im Ratsgebäude über den Tag verteilt Musikstücke aus allen österreichischen Bundesländern von Klassik über Rock bis zu Pop zu hören sein. Am selben Tag wird in der Früh und zu Mittag das Primus Brass Ensemble aus Wien Konzerte am Place Schuman zum Besten geben.

[Mehr Informationen](#)



Europäisches Parlament

Migration: MEPs für europäische Lösung, die humanitäre Hilfe nicht kriminalisiert

Im Vorfeld des EU-Gipfels am 28.-29. Juni sprach sich das Parlament gegen nationale Alleingänge in der Migrations- und Asylfrage und stattdessen für eine europäische Lösung aus, die humanitäre Hilfe nicht kriminalisiert.

Die MEPs erhoffen sich, dass sich die Mitgliedstaaten auf eine Reform der derzeit unzureichenden und umstrittenen Asylregeln im Dublin-System einigen können. Die derzeit vieles andere überschattende Asyldebatte blockiere Fortschritte bei wichtigen anderen europäischen Themen wie der Eurozonen-Reform, dem Brexit und den US-Strafzöllen.

Einig waren sich die Abgeordneten in der Notwendigkeit des besseren Schutzes der EU-Außengrenzen inklusive des Aufbaus von mehr Personal und Ausrüstung. Das Parlament forderte gleichzeitig, dass jede gemeinsame europäische Asylregelung [fundamentale](#)

[Menschenrechte](#) respektieren muss. Dies sei die „rote Linie des Parlaments“.

Claude Moraes, Vorsitzender des EP-Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres, wies auf das im November 2017 vom Parlament verabschiedete Mandat für Verhandlungen zur Reform der Dublin-Regulierung hin. Seitdem würde das Parlament auf eine Position des Rates warten. Auch die schon erzielten Verhandlungsergebnisse zu einer eigenen [EU-Asylbehörde](#) und einheitlichen [Aufnahmebedingungen von Asylwerbern](#) setzen eine Einigung zur Reform des Dublin-Systems voraus.

[Mehr Informationen](#)



Rat der Europäischen Union

Europäischer Rat am 28.-29. Juni zu Migration, Budget und Brexit

Am 28.-29. Juni tagt der Europäische Rat der Staats- und Regierungschef im Zeichen der Migrations- und Asyldebatte.

Im Zentrum der Tagesordnung steht das Ringen um die Neuausrichtung der europäischen Asylpolitik. Die Mitgliedstaaten wollen bei dem Treffen einige Fortschritte diesbezüglich erzielen, um spätestens beim nächsten Treffen im September endgültige Beschlüsse fassen zu können. Vor allem die Frage von Aufnahmezentren innerhalb oder außerhalb der EU und die Neuordnung des Dublin-Systems bzw. der Flüchtlingsverteilung dürften zu den umstrittensten Fragen zählen. Die Vorschläge der Kommission

zur Reform des europäischen Asylwesens sind auf Seite 6 zu finden.

Daneben stehen der NATO-Gipfel im Juli, die Handelsspannungen mit den USA, der mehrjährige Finanzrahmen, die Reform der Eurozone und die Brexit-Verhandlungen auf der Tagesordnung.

[Mehr Informationen](#)

Rat für Umwelt zur Kreislaufwirtschaft und Trinkwasserrichtlinie

Am 25. Juni tagten die UmweltministerInnen der EU-Mitgliedstaaten in Brüssel.

Im Rahmen der Tagung nahmen sie [Schlussfolgerungen](#) zur Einhaltung der Zusagen zum Aktionsplan für die Kreislaufwirtschaft an. Darin wird erneut auf das Potenzial der Kreislaufwirtschaft hingewiesen, nachhaltiges Wachstum zu generieren und die Abhängigkeit der EU von nicht erneuerbaren Primärrohstoffen zu verringern.

Des Weiteren hielt der Rat eine Orientierungsaussprache zum Vorschlag für eine erneuerte Trinkwasserrichtlinie. Der Vorschlag sieht insbesondere schärfere Wasserqualitätsnormen, einen risikobasierten Ansatz zur Überwachung

der Wasserqualität sowie die Harmonisierung von Informationen über Wasserqualität und -dienstleistungen für VerbraucherInnen vor.

Auf der Agenda standen weiters eine Debatte zur Verordnung über CO2-Normen für Pkw und leichte Nutzfahrzeuge sowie ein Briefing über die Budgetvorschläge 2021-2027 der Kommission für umweltrelevante Programme wie z.B. dem LIFE-Programm.

[Mehr Informationen](#)



Rat der Europäischen Union

Rat gibt grünes Licht für Beitrittsverhandlungen mit Mazedonien und Albanien

Am 26. Juni fand eine Tagung des Rates Allgemeine Angelegenheiten statt.

Der Rat nahm [Schlussfolgerungen](#) zur EU-Erweiterungspolitik und zum Stabilisierungs- und Assoziierungsprozess an. Dabei gab er u.a. grünes Licht für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und Albanien im Juni 2019.

Außerdem führte der Rat eine Anhörung gemäß Artikel 7 Absatz 1 EUV über die Rechtsstaatlichkeit in Polen durch. Dabei tauschten sich die MinisterInnen mit Polen über die in Rede stehenden Defizite aus.

[Mehr Informationen](#)



Europäische Kommission

Asylreform: Überblick über die Kommissionsvorschläge

Die Kommission hat im Vorfeld des Europäischen Rates am 28.-29. Juni Maßnahmen präsentiert, die sie als mögliche Lösungen für die verfahrenere Situation in der Asylfrage ansieht.

Hintergrund ist der breite Konsens, dass das europäische Asylwesen einer grundlegenden Reform bedarf, die mehr Fairness bei der Verteilung der Verantwortung zwischen den Mitgliedstaaten schaffen soll. Konkret könnten laut Kommission bei der Tagung die Richtlinie über Aufnahmebedingungen, die neue Asylanerkenntungsverordnung, die Europäische Asylagentur, die geplante Eurodac-Datenbank und ein EU-Neuansiedlungsrahmen vorangebracht werden.

Zusätzlich sollten bei der Sitzung die Grundlagen für eine Reform des Dublin-Systems und der Asylverfahrensordnung geschaffen werden, damit diese bis Ende des Jahres finalisiert werden können. Auch das fertig ausverhandelte Europäische Reiseinformations- und genehmigungssystem (ETIAS) und das reformierte Schengener Informationssystem (SIS) lägen zur Annahme bereit.

Die Kommission fordert die Mitgliedstaaten zudem auf, die Finanzierungslücke beim Treuhandfonds für Afrika, der Fluchtursachen in Afrika bekämpft, zu schließen und die Verhandlungen zur zweiten Tranche der finanziellen Unterstützung von Flüchtlingen in der Türkei fertig zu verhandeln. Auch legt die Kommission den Mitgliedstaaten nahe, sich an ihre Investitionsoffensive für Drittstaaten in gleicher Höhe zu beteiligen, um so das Volumen zu verdoppeln.

Bei der Frage des Außengrenzschatzes appelliert die Kommission an die Mitgliedstaaten, den unmittelbaren Bedarf an Personal und Ausrüstung an den Außengrenzen schnell bereitzustellen. Gleichzeitig sollen Fortschritte bei den Verhandlungen über den Vorschlag der Kommission, eine eigene EU-Grenzschutzpolizei und EU-Asylbehörde zu schaffen erzielt werden.

[Mehr Informationen](#)

EU konnte Handelshemmnisse reduzieren

Die Kommission veröffentlichte am 26. Juni den Jahresbericht über Handels- und Investitionshindernisse, der ein positives Zeugnis ausstellt.

Der Bericht bezeugt einen neuen Rekord bei der Beseitigung von Hindernissen für EU-Unternehmen im Ausland im Jahr 2017. Angesichts des Anstiegs von protektionistischen Maßnahmen seitens einiger wichtiger Handelspartner wie die USA sei das ein beachtliches Ergebnis.

Zu den beseitigten Hindernissen zählen unter anderem die Anerkennung der von der Maschinenindustrie der EU verwendeten Sicherheitsstandards in den neuen Sicherheitsvorschriften Brasiliens und die Beseitigung

administrativer Hindernisse für die Erbringung von Dienstleistungen in Argentinien. Außerdem durch Verhandlungen erfolgreich aufgehoben wurden die Beschränkungen für Kupfer- und Aluminiumschrott sowie Papier in der Türkei sowie bestimmte Beschränkungen für Geflügelausfuhren aus einigen EU-Mitgliedstaaten nach Saudi-Arabien und in die Vereinigten Arabischen Emirate.

Eine Übersicht der beseitigten Handelshemmnisse kann [hier](#) abgerufen werden.

[Mehr Informationen](#)

[Zum Inhaltsverzeichnis](#)



Sonstiges

Brennerbasistunnel: EU-Rechnungshof kritisiert schleppenden Ausbau der Zulaufstrecken

In einem am 26. Juni veröffentlichten Bericht kritisiert der Rechnungshof die schleppende Umsetzung des EU-Hochgeschwindigkeitsnetzes inklusive dem Brennerbasistunnel.

Die Rechnungsprüfer bezeichneten das Hochgeschwindigkeitsnetz als bisher „ineffizienten Flickenteppich ohne realistischen langfristigen Plan“. Im [Bericht](#) wird insbesondere das Fehlen eines EU-weiten strategischen Ansatzes mangels einer sachgemäßen grenzübergreifender Koordination kritisiert. Die Prüfer monierten auch, dass die Kommission im gegebenen Rahmen der Entscheidungsfindung nicht hinreichend viel Druck auf die Mitgliedstaaten zur Umsetzung der Pläne ausüben kann.

Hinsichtlich des München-Verona Korridors begrüßten die Rechnungsprüfer die voraussichtliche Fertigstellung des Brennerbasistunnels (BBT) bis 2027. Die Prüfer bedauerten aber den

äußerst schleppenden Ausbau der nördlichen Zufahrtsstrecken in Deutschland, welche nicht vor 2040 fertiggestellt sein sollen. Kritisiert wurde auch die fehlende politische Priorisierung Deutschlands in Bezug auf einen schnellen und effizienten Ausbau der Zulaufstrecken, die für den täglichen Arbeitsverkehr in Bayern wenig relevant seien.

Es sei deshalb insgesamt nicht nachvollziehbar, dass EU-Investitionen von mehr als 1,5 Mrd. € fast zwei Jahrzehnte ineffektiv bleiben, zumal die Effektivität des BBT in Bezug auf die Verlagerung des Transits auf die Schiene entscheidend von den Kapazitäten der Zulaufstrecken abhängt.

[Mehr Informationen](#)



In eigener Sache

Alpeuregio Summer School erfolgreich gestartet

Am 19. und 20. Juni hieß das Tirol-Büro die erste EU-Fachexkursion von Führungskräften der Tiroler Landesverwaltung willkommen.

Die 26 TeilnehmerInnen aus der Europaregion starteten motiviert in das umfangreiche Programm der zehntägigen Summer School. Neben einem Besuch der EU-Institutionen bekommen die TeilnehmerInnen einen Einblick in die verschiedensten Politikbereiche wie Regionalpolitik, EU-Klimastrategie und Digitalisierung.





Laufende Konsultationen

Die Europäische Kommission bietet eine Reihe an Möglichkeiten der Bürgerbeteiligung. [Öffentliche Konsultationen](#) ermöglichen es Ihnen, sich während verschiedener Phasen des Beschlussfassungsverfahrens zu EU-Strategien zu äußern. Die neuesten der laufenden Konsultationen finden Sie in der folgenden Liste.

[Public consultation on the evaluation of invoicing rules](#)

Steuern

13. Juni 2018 - 20. September 2018

[Fangmöglichkeiten für 2019 im Rahmen der Gemeinsamen Fischereipolitik](#)

Maritime Angelegenheiten und Fischerei

11. Juni 2018 - 21. August 2018

[Öffentliche Konsultation zur Evaluierung der Unterstützung der EU für die Rechtsstaatlichkeit in den Nachbarschaftsländern und bei den Beitrittskandidaten und potenziellen Beitrittskandidaten \(2010–2017\)](#)

Europäische Nachbarschaftspolitik und EU-Erweiterung

11. Juni 2018 - 17. September 2018

[Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Regelung für die Flottenzugänge und -abgänge](#)

Maritime Angelegenheiten und Fischerei

4. Juni 2018 - 3. September 2018

[Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Ozonverordnung](#)

Klimaschutz

1. Juni 2018 - 24. August 2018

[Öffentliche Konsultation zur Zwischenbewertung der direkten Mittelverwaltung im Rahmen des Europäischen Meeres- und Fischereifonds \(EMFF\)](#)

Maritime Angelegenheiten und Fischerei

28. Mai 2018 - 3. September 2018

[Öffentliche Konsultation zu Verbrauchsteuern auf Tabakwaren und zur möglichen Besteuerung neuartiger Tabakerzeugnisse](#)

Öffentliches Gesundheitswesen, Steuern

23. Mai 2018 - 3. September 2018

[Öffentliche Konsultation zur Bewertung der Europäischen Beobachtungsstelle für Drogen und Drogensucht \(EMCDDA\)](#)

Grenzen und Sicherheit, Öffentliches Gesundheitswesen

18. Mai 2018 - 10. August 2018



Europäische Kommission

Die Tagesordnung der wöchentlichen Sitzung der Europäischen Kommission finden Sie [hier](#).

Europäisches Parlament

Den Entwurf der Tagesordnung finden Sie [hier](#).

Den Video-Stream der letzten Plenarsitzung finden Sie [hier](#).

Rat der Europäischen Union

Die aktuellen Ratssitzungen finden Sie [hier](#).

Europäischer Gerichtshof

Zum Kalender des Europäischen Gerichtshofs für die folgende Woche gelangen Sie [hier](#).

Ausschuss der Regionen

Zum Sitzungskalender des AdR gelangen Sie [hier](#).

Stellenausschreibungen

Zu den laufenden Stellenausschreibungen in der EU gelangen Sie [hier](#).

EU-Bookshop

Interessante Veröffentlichungen aus der EU finden Sie [hier](#).

Impressum

Gemeinsame Vertretung der Europaregion Tirol -
Südtirol - Trentino bei der EU

Land Tirol

Rue de Pascale 45-47

B-1040 Brüssel

Tel.: 0032 2 743 27 00

Fax: 0032 2 742 09 80

E-Mail: info@alpeuregio.eu

Homepage: www.alpeuregio.org

Redaktion und Bearbeitung:

Direktor Mag. Dr. Richard Seeber

Michael Jennewein, BA

Abbildungsverzeichnis

Seite 2: <http://euromil.org/priorities-austrian-eu-council-presidency/>

Seite 8: © Gemeinsame Vertretung